

Studie von Prof. Oelkers 2007 im Auftrag der Erziehungsdirektion Bern und Kommentar der elternlobby.ch

Frühling 2008

In seiner neuen Studie, im Auftrag der Erziehungsdirektion Bern, zitiert **Prof. Dr. Oelkers** auf Seite 147 eine **australische Studie**:

Von der Wahlfreiheit würden vor allem die mittleren und hohen Einkommen profitieren. Die durchschnittlichen akademischen Leistungen werden weder besser noch schlechter, dafür steigt das Niveau der Ungleichheit. Bei einer flächendeckenden Einführung von Vouchers würden sich die staatlichen Ausgaben substantiell erhöhen ohne die Effizienz zu verbessern.

Warum in die Ferne (USA, Australien) schweifen, wenn das Gute liegt so nah?

Die elternlobby will keinen Bildungsgutschein wie in den angelsächsischen Bildungssystemen. Die elternlobby will eine Wahl innerhalb aller staatlichen Schulen und eine Pro-Kind-Pauschale für alle öffentlichen Volksschulen, die offen zugänglich für alle Kinder sind. Dies entspricht den erfolgreichen Bildungssystemen der nahen nordeuropäischen Länder.

Oelkers betont in seiner Studie: *„Die Befunde sind nicht eindeutig und jede Seite kann für sich empirische Evidenz behaupten, wobei oft unterschiedliche Interpretationen ein- und derselben Statistik zu Rate gezogen werden.“* **Oelkers** erwähnt auch: *„Irgendeine Form von Vollständigkeit ist nicht erreichbar. Im Blick auf die Steuerung durch Bildungsgutscheine liegen Fallbeispiele vor, die einen ganz unterschiedlichen Forschungsstand zeigen. In der politischen Auseinandersetzung ist es üblich, das Prinzip der Gegenseite von vornherein als illegitim hinzustellen. Vor allem in den USA wird **Forschung instrumentalisiert**, weil ihre Aussagen zum Schlüssel für die Glaubwürdigkeit einer politischen Forderung geworden sind. Das macht die Einschätzung nicht leicht. Die internationale Diskussion ist weitgehend von **amerikanischen Studien** und Entwicklungen her bestimmt, zum anderen sind die Ansätze aus **Skandinavien** am ehesten auf Schweizer Verhältnisse übertragbar.“*

Oelkers neue Studie bezieht sich vor allem auf Studien aus den USA mit dem Bildungsgutschein. Er erwähnt: *„Generell wird erwartet, dass der Einsatz von Vouchers Wettbewerb auslöst und die Effizienz verbessert.“*

Die elternlobby will keinen Bildungsgutschein, bei dem die Eltern nochmals einen Batzen draufzahlen können und damit wieder Eliteschulen entstehen.

Oelkers Aussagen widersprechen z.B. diametral einer Aussage vom schweizerischen Bildungsforscher **Dr. Stefan C. Wolter**:

„Die Schule zwischen der Gewalt des Staates und der Gewalt des Marktes“

„1. Die reichen Eltern gewinnen durch eine Schulwahlmöglichkeit nichts, sie können bereits heute wählen. Mittel bis schwach verdienende Eltern haben gegenüber der heutigen Situation einen echten Vorteil.

2. Passive Eltern profitieren mit von den Errungenschaften der engagierten Eltern.“

Oelkers Zitate:

*„Auffällig ist, dass in Zentraleuropa abgesehen von Versuchen in Tschechien und Ungarn **kaum neue Ansätze** vorliegen. Weder ist das Thema in der öffentlichen Diskussion noch liegen politische neue Programme vor, sieht man einmal von der elternlobby sowie einigen anderen Vorstössen in der Schweiz ab.“*

Bemerkung der elternlobby.ch:

Wir finden es jedoch **einen grossen neuen Ansatz**, wenn in Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern in diesem Sommer die freie Schulwahl innerhalb aller Staatsschulen eingeführt wird. In mehreren anderen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland laufen die Vorbereitungen dazu. Die Privaten werden jetzt schon in Deutschland vom Staat subventioniert, also wird die uneingeschränkte freie Schulwahl in unserem grossen Nachbarkanton grosse neue Ansätze in seinem Bildungssystem einführen.

Oelkers erwähnt: *„In **England** ist die freie Schulwahl zu einem dezidierten Politikziel geworden ist.“*

Vorträge Oelkers in Heiden und Südhessen, Berlin im 2007:

*„Wenn die Schüler nicht mehr einfach durch die Behörden zugeteilt werden, sondern die Eltern wählen können, setzt das ein hohes Mass an Transparenz voraus. In Skandinavien ist es selbstverständlich, dass die Eltern wählen können, in welche Schule sie ihr Kind schicken wollen. Damit wird die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule sofort auf einer anderen Grundlage stehen, weil die **Eltern Kundenmacht** haben. Die Schweizer elternlobby verfolgt solche Pläne.*

Schweden:

*In Schweden wurde 1991 die Wahlmöglichkeit eröffnet, mit dem Ziel übrigens, eine zentralistische Bildungsverwaltung zu zerschlagen. Es geht nicht darum, das staatliche Schulsystem zu verlassen, es geht auch nicht um Privatisierung der Schulen; die Idee ist, dass es mehr Wettbewerb um die staatlichen Steuergelder geben sollte. Die Abwanderung der Schüler zwingt die Staatsschulen zur Reaktion. Wenn 20 Prozent der Schüler nicht mehr in eine staatliche Schule gehen, kann die Lücke nur durch die Verbesserung des Angebots und Steigerung der Qualität geschlossen werden. Wenn Eltern Schulen abwählen, so hat das vor allem drei Gründe: die angewählte Schule ist eine Problemschule, der Unterricht ist ungenügend und die Schule hat generell einen schlechten Ruf. Keine staatliche Schule ist aufgrund von Abwanderung geschlossen worden. Interessant ist, dass auch die **Lehrergewerkschaft** sich nicht gegen dieses Prinzip wehrt. Sie haben auch keinen Grund, weil keine zusätzlichen Gebühren erhoben werden, die Privatschulen keine soziale Selektion treffen können und nur Lehrkräfte anstellen dürfen, die über eine Ausbildung verfügen. Damit wird Lohndumping ebenso verhindert wie ein Abschöpfen allein begabter Kinder. In der Öffentlichkeit gilt die freie Schulwahl als demokratisches Recht, nicht als Reichenprivileg. Einige Studien beschreiben höhere Effizienz und gesunkene Kosten, was auch für Dänemark gilt. Die durchschnittlichen Testleistungen der Lernenden sind in beiden Ländern seit Mitte der 90er Jahre gestiegen. Es ist auch bestätigt, dass die Leistungsanforderungen der unabhängigen Schulen höher sind und offenbar ist die Konkurrenz zwischen den staatlichen und den privaten Schulen insgesamt leistungsfördernd. **90% der Eltern unterstützen die freie Schulwahl.***

Dänemark:

In Dänemark können die Eltern die Gutscheine in Schulen investieren, in der Folge sind zahlreiche unabhängige Schulen entstanden, die auf die Nachfrage ihrer Kunden eingestellt sind. Zugleich wurden die staatlichen Schulen einer Wettbewerbssituation ausgesetzt, die einen starken Anreiz zur Entwicklung der Schulqualität gewesen sind. Das

Ansehen der staatlichen Schulen ist dadurch nicht gesunken, sondern gestiegen, weil die Anstrengungen sichtbar wurden und Erfolg hatten. Die Zufriedenheit der Eltern nimmt mit der Wahlmöglichkeit zu

Die Schulen stehen unter Wettbewerbsdruck und reagieren auf die Kundenmacht der Eltern.

Wie immer die Diskussion in der Schweiz verlaufen wird, das Thema Schulwahl und so die Stärkung der Macht der Eltern ist in vielen Ländern angesagt. Es ist verträglich mit den Regeln der Demokratie und muss keineswegs mit Forderungen nach Privatisierung verbunden werden. Die Kernfrage ist, ob das System der freien öffentlichen Bildung verbessert werden kann. Für die Eltern würde das eine ganz neue Art von Verantwortung mit sich bringen.

Schulen, die keine finanziellen Folgen spüren, wenn sie für Schüler nicht attraktiv sind, gefährden das ganze System.“

Der Ausgang einer Studie ist stark vom Auftraggeber abhängig.

Die neue staatlich unabhängige Studie der OECD vom Dezember 2007 kommt zu anderen Resultaten als die im Sommer 2007 beendete Studie von Professor Oelkers.

www.oecd.org/edu/workingpapers No 13 und 14

Pia Amacher

Präsidentin der elternlobby.ch

Vertretung des EFFE (European Forum for Freedom in Education)

Lehrerin an Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft

Mutter von drei Kindern

Mitglieder der elternlobby besuchen seit Jahren Schulen in Europa und nehmen an den jährlichen Kolloquia des effe teil.